



MEDIENINFORMATION

SPERRFRIST: keine

Regierungsrat nimmt Stellung zur Abschaffung des Frühfranzösisch

In einem Postulat wird die Abschaffung des Frühfranzösisch in der Primarschule gefordert – dies zugunsten der MINT-Fächer. Der Regierungsrat beantragt dem Landrat im Rahmen seiner Stellungnahme, den Vorstoss gutzuheissen.

Mit Schreiben vom 19. Dezember 2012 haben Landrat Christian Landolt, Beckenried und Landrat Armin Odermatt, Büren sowie 24 Mitunterzeichnende verlangt, in der Volksschulverordnung das Frühfranzösisch zugunsten der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) zu streichen. In ihrer Begründung halten die beiden Landräte unter anderem fest, dass der Widerstand gegen das Modell 3/5, wonach Englisch ab der 3. und Französisch ab der 5. Primar unterrichtet wird, in der Lehrerschaft verschiedener Kantone zunehme. So sei die Schülerschaft überfordert, die Lehrmittel ungenügend, die Lehrpersonen nicht hinreichend ausgebildet und die Lektionenzahl zu tief, um die Ziele zu erreichen. Zudem könne mit den frei werdenden Lektionen eine Stärkung der MINT-Fächer bewerkstelligt werden. Die Postulanten sind der Auffassung, dass Englisch als erste Fremdsprache beibehalten werden könne.

Bundesverfassung verpflichtet zur Harmonisierung

Nachdem in Nidwalden im Schuljahr 1996/97 der Französischunterricht ab der 5. Primarklasse eingeführt worden war, beschloss der Regierungsrat 2004, nach dem Entscheid Englisch ab der 3. Primarklasse zu unterrichten, Französisch an der Primarschule nur noch als Wahlpflichtangebot zu führen. Ende 2005 wurde der Französischunterricht in der Primarschule dann ganz gestrichen. 2007 hob der Landrat diesen Beschluss auf, womit seit dem Schuljahr 2008/09 alle Primarschüler Englisch ab der 3. und Französisch ab der 5. Primarklasse besuchen.

Der Regierungsrat weist in seiner Stellungnahme darauf hin, dass die Bundesverfassung die Kantone verpflichtet, die Bereiche Schuleintrittsalter, Schulpflicht sowie Dauer und Ziele der Bildungsstufen zu harmonisieren. Zudem verpflichtet das Volksschulgesetz zu einer Koordination des Lehrplans und der Stundentafel mit den Kantonen der Zentralschweiz und soweit möglich mit denen der Deutschschweiz. Diese Vorgabe ist insbesondere im Zusammenhang mit der Einführung

des Lehrplans 21 zu beachten, der sich in praktisch allen Kantonen am Fremdsprachenmodell 3/5 ausrichtet.

Der Regierungsrat erachtet es als sinnvoll, einen Bericht zum Französischunterricht an der Primarschule zu erstellen. Er wird darin das Anliegen einer Abschaffung des Frühfranzösisch prüfen und neben vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnissen, der Meinung von Schulbehörden, Lehrpersonen und Anschlusschulen auch die Haltungen innerhalb der Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz aufzeigen. Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, das Postulat gutzuheissen.

RÜCKFRAGEN

Res Schmid, Bildungsdirektor, 041 618 74 00, telefonisch erreichbar für Rückfragen am 21. Juni zwischen 11 und 12 Uhr.

Stans, 21. Juni 2013